

Der Sieger von Kowno und Brzeziny präsidiert im Preußenlandtag.

Berlin, 24. Mai. Zu der Eröffnungssitzung des neuen Preußischen Landtages herrschte außerordentlich starker Andrang. Infolgedessen wurde die Kartentransporte sehr streng gehandhabt. Trotzdem waren die Publikumsströmen gleich nach ihrer um 14 1/2 Uhr erfolgten Eröffnung überfüllt. Während die Abgeordneten der übrigen Parteien allmählich in den Saal strömten, zog die 162 Mitglieder umfassende nationalsozialistische Fraktion erst beim dritten Klingelzeichen unter Führung ihres Fraktionsvorsitzenden Abg. Kube geschlossen ein. Die Nationalsozialisten waren, im Gegensatz zu der konstituierenden Sitzung des jetzigen Landtages, diesmal nicht in Uniform. Nur einige von ihnen trugen braune Anzüge. Wohl aber hatten ziemlich alle Mitglieder der Fraktion das Halbkreuz angelegt. Besonders Interesse erweckte der nationalsozialistische Abg. Prinz August Wilhelm von Preußen, der auf der dritten Reihe der nationalsozialistischen Bänke Platz nahm. Die Regierungsbank bleibt leer. Um 15 1/4 Uhr betritt der Alterspräsident General Bismann unter Heilrufen der Nationalsozialisten auf seinem Stuhl den Saal. Der Sieger von Kowno und Brzeziny war im Gehrock erschienen und trug außer dem Pour le merite und dem E. A. L. noch andere hohe Auszeichnungen. Bei seinem Eintritt erhoben sich die Nationalsozialisten und grüßten ihn mit dem Faschistengruß, während sie sich im übrigen auch gegenüber den sofort wieder einsetzenden lebhaften kommunistischen Zurufen völlig ruhig verhielten. Abg. Bismann eröffnet die Sitzung und übernimmt die Verhandlungsleitung, nachdem sich ergeben hat, daß er der älteste Abgeordnete des Hauses ist. Nachdem Alterspräsident Bismann als vorläufiger Vorsitzender zwei Nationalsozialisten, einen Sozialdemokraten und eine Abgeordnete des Zentrums berufen hatte, widmete er namens des Landtages den Opfern des Grubenunglücks auf der Zeche Dorfeld einen Nachruf. Der Alterspräsident gab dem Hause dann Kenntnis von der Mitteilungsänderung des Staatsministeriums. Die Deutschnationalen und Kommunisten brachten darauf Mitteilungsanträge gegen das geschäftsführende Staatsministerium ein. Nachdem noch der Ältestenrat eingeleitet worden war, vertagte sich das Haus auf Mittwoch 13 Uhr, um dann in erster Linie die Wahl des Präsidiums vorzunehmen.

Vorausichtlich nationalsozialistischer Landtagspräsident.

Berlin, 24. Mai. Von nationalsoz. Seite verlautet, daß die nationalsoz. Fraktion, wenn die Sozialdemokraten für den nationalsozialistischen Kandidaten Kerri als Landtagspräsidenten stimmen, der parlamentarischen Seite nach auch für den sozialdemokratischen Vizepräsidenten stimmen würden. Sie würden sich der Stimme enthalten, falls die Sozialdemokraten gleichfalls Enthaltung üben. Vom Zentrum nimmt man an, daß es für den Kandidaten der Nationalsozialisten als der stärksten Fraktion stimmen wird. Danach scheinen unter den gegebenen Umständen für die Bildung des Landtagspräsidiums kaum noch Schwierigkeiten zu bestehen. Vermutlich wird sich also das Landtagspräsidium zusammensetzen aus dem Abg. Kerri (Nationalsoz.) als Präsidenten, dem Abg. Wittmann (Soz.), der bisher den Präsidentenposten bekleidete, als erstem Vizepräsidenten, dem Abg. Baumhoff (Z.) als zweitem Vizepräsidenten, Dr. von Kries (Dnat.) als drittem Vizepräsidenten.

Berlin, 24. Mai. Wie wir hören, hat die nationalsoz. Fraktion im Preußischen Landtag den von ihr vor einigen Tagen eingebrachten Antrag auf Aenderung der Geschäftsordnung wieder zurückgezogen. Der Antrag wollte die von der Weimarer Koalition im alten Landtag beschlossene Aenderung der Geschäftsordnung wieder rückgängig machen, wonach die Neuwahl eines Ministerpräsidenten nur mit absoluter Mehrheit erfolgen kann. Die Zurückziehung des Antrages erfolgte ohne Begründung.

In nationalsoz. Kreisen wird erklärt, daß die NSDAP. die alte Geschäftsordnung für den neuen Landtag nicht anerkenne, wenn man auch provisorisch nach ihr verfahren müßte. Eine Aenderung der alten Geschäftsordnung habe daher gegenwärtig keinen Sinn, was aber nicht ausschliesse, daß man zu gegebener Zeit die Frage der Neuorientierung der Geschäftsordnung abermals aufwerfe. Die Deutschnationalen beantragen Uebernahme der ursprünglichen Geschäftsordnung des Landtages. Der Antrag lautet: Nach Artikel 29, Abs. 2, der preußischen Verfassung gibt sich der Landtag im Rahmen der Verfassung seine Geschäftsordnung. Der Landtag wolle daher beschließen, die Geschäftsordnung des Landtages der dritten Wahlperiode in der Fassung, die am 11. April 1932 gültig war, gilt bis auf weiteres als Geschäftsordnung dieses Landtages.

Nationalsozialistische Demonstrationen in Wien.

Wien, 24. Mai. Aus Anlaß der ersten Sitzung des neu gewählten Gemeinderates versammelten sich etwa 2000 nationalsozialistische Parteigänger vor dem Burgtheater und drängten den vorbeiziehenden nationalsoz. Abgeordneten Ovationen dar. Zwischen Nationalsozialisten und politischen Gegnern kam es zu Schlägereien. 12 Personen wurden festgenommen.

Wien, 24. Mai. In der heutigen Gemeinderatssitzung wurde Bürgermeister Seih mit den sozialdemokratischen Stimmen wiedergewählt. — Die „Deutsch-Oesterreich. Tagesztg.“, das Organ der Nationalsozialisten, veröffentlicht eine parteiliche Erklärung, in der der neuen Regierung Dankschreiben und politischer Kampf angesagt wird.

Essen, 24. Mai. Der Kommunist van t'Ende, der wegen Tötung des Nationalsozialisten Totschlägers vor Gericht stand, wurde wegen vorläufigen Totschlages auf 12 Jahren 3 Monaten Zuchthaus verurteilt.

Köln, 24. Mai. Die Verteilung der 100 Sitze im neuen rheinischen Parlament unter den einzelnen Parteien ist folgende: Bauernpartei 42 (früher 38), nationale Mittelpartei 23 (25), Sozialdemokraten 22 (25), Arbeiterpartei (Kommunisten) 5 (6), Russen 5 (2), Deutsch-Schwebischer Wahlblock 3 (3).

Wien, 24. Mai. Zwischen Mohammedanern und Juden ist es hier zu schweren Zusammenstößen gekommen, bei denen 16 Juden und 3 Araber verletzt worden sind. Die in einem jüdischen Wohnviertel liegende Moschee war besudelt worden. Die Araber glaubten die Juden dafür verantwortlich machen zu müssen und griffen sie mit Steinwürfen und Stockhieben an. Einem Polizeiaufgebot gelang es, die Ruhe wieder herzustellen.

Washington, 24. Mai. Senator Borah, der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Senats, wird nicht an dem Parteikonvent in Chicago am 14. Juni teilnehmen, bei dem der demokratische Präsidentschaftskandidat ernannt wird. Da nach den Vorwahlen in den einzelnen Staaten an der Wahl Hoovers nicht zu zweifeln ist, wird diese Erklärung Borahs als eine persönliche Brüstung des Präsidenten und als eine scharfe Abgabe an seine Politik ausgelegt.

St. Louis (Illinois), 24. Mai. Einige hundert Kriegsveteranen bemächtigten sich eines Güterzuges, um nach Washington zu fahren und ihre Forderungen nach sofortiger Auszahlung ihrer Versicherungsbeiträge vorzutragen. Sie verließen den Bahnhof nach zehnstündiger Verkehrsunterbrechung erst nach Eintreffen von 300 Mann Nationalgarde.

Rio de Janeiro, 25. Mai. Anlässlich der Ankunft des Finanzministers von Sao Paulo kam es zu Unruhen, die die Bildung eines neuen Staatssekretariats beeinflussen sollten. Zur Wiederherstellung der Ordnung wurden Truppen herangezogen.

Wieder Justizdebatte im Landtag.

Dresden, 24. Mai. Der heutigen Sitzung des Landtages gibt der soz. Antrag, der sich mit dem Urteil gegen die Großenhainer Reichsbannerleute befaßt, das Gepräge. Abg. Edel (Soz.) bezeichnet das Urteil in dem bekannten Großenhainer Landfriedensbruchprozeß als ein Tendenzurteil und verlangt von der Regierung die Durchführung von Maßnahmen gegen die einseitige Unterdrückung und Proschführung. Edel wirft dem Staatsanwalt und dem Amtsrichter Dr. Koch bewusste Rechtsbeugung vor. Die Waffenfunde im Gewerkschaftshause in Großenhain erklärt er mit der bemerkenswerten Feststellung, daß man im Notfall zum Gebrauch von Waffen berechtigt sei.

Abg. Meyer (Nat.-Soz.) wird bei seinen Ausführungen dauernd von den Sozialdemokraten unterbrochen. Es handelt sich um den Antrag, der Präsident droht, die Sitzung abzubrechen. Der Abg. Meyer führte aus, das Großenhainer Urteil bringe wieder einmal eine Attacke gegen den Justizminister. Wenn die Linke mit diesem Justizminister und der Regierung unzufrieden sei, warum hat sie den Landtag noch nicht aufgelöst? Dazu ist die Linke zu feige, und zwar aus Angst vor den Nationalsozialisten. Auf das Großenhainer Urteil einsehend stellt der Abg. fest, daß die verletzten Nationalsozialisten alle von hinten oeffneten worden seien. Justizminister Mansfeld erklärt, daß in dem Großenhainer Prozeß Verurteilung eingeleitet worden ist und daß jede Stellungnahme zu dem Urteil ein Eingreifen in ein schwebendes Verfahren sei.

Abg. Studentkowitz (Nat.-Soz.) erklärt sich damit einverstanden, daß in politischen Prozessen von der Verhängung des Ehrenverlustes Abstand genommen und den Tätern die Ueberzeugungsmöglichkeit zubilligt wird. Abg. Siegert (Dntl.) erklärt, daß seine Partei die beiden Anträge ablehnen werde. Einmal als Protest dagegen, daß der Landtag sich bereit finde, in ein schwebendes Verfahren einzugreifen. Die Deutschnationalen protestieren mit der Ablehnung der Anträge aber auch dagegen, daß der Landtag fast allwöchentlich sich mit angeblichen Justizirrtümern befaßt. Das sei ein ungeheurer Einarriff in die Justiz und ein Ueberariff des Landtages. Die Deutschnationalen bringen dem sächsischen Richterstand und der Justiz das erforderliche Vertrauen entgegen. Sie sind von einer sachlichen Rechtspflege in Sachen überzeugt.

Die beiden Anträge gehen auf Verlangen der Regierung an den Rechtsauschuß. Die Sozialdemokraten haben einen Änderungsantrag vorgelegt, von dem mit der Ausführung von staatlichen Hoch- und Tiefbauten beauftragten Bauunternehmern zu fordern, daß den bei diesen Arbeiten beschäftigten Bauarbeitern der bis zum 30. April 1932 geltende Tariflohn bis zur Schaffung eines neuen Tarifvertrages weiter bzw. nahegekehrt wird und die aus Anlaß der Lohnifferenzen entlassenen Arbeiter wieder eingestellt werden. Weiter sollen die Straßen- und andere öffentliche Arbeiten ausführenden Gemeinden, Reichsbahn usw. zu einem gleichgerichteten Vorgehen veranlaßt werden. Der soz. Änderungsantrag wird angenommen mit den Stimmen der Nationalsozialisten, Sozialisten und Kommunisten.

Ein Antrag der Deutschen Volkspartei, bei den zuständigen Stellen darauf zu drängen, daß die Entlassung von Eisenbahnarbeitern in Sachsen auf das absolute Mindestmaß beschränkt werden, findet ebenfalls Annahme. Nächste Sitzung 27. Mai.



Zur Eröffnung des Preußischen Landtags.

Ganz links: Prinz August Wilhelm, Abg. der NSDAP., begibt sich zur Eröffnungssitzung. In der Mitte oben von links nach rechts: von Winterfeld, der Fraktionsführer der Deutschnat.; Wittmann (SPD), der Präsident des alten Landtags; Ministerpräsident Braun. In der Mitte unten von links nach rechts: Kube, der Führer der Nationalsozialisten; Kerri, den die Nationalsoz. als Landtagspräsidenten benennen; Piech, der Fraktionsführer der Kommunisten. Ganz rechts: Innenminister Geering.

Die Zahl der Wohlfahrtsverwerbslosen schwillt an. Nur 64 000 Arbeitslose weniger.

Berlin, 24. Mai. Nach dem Bericht der Reichsanstalt hat sich die Frühjahrsbelebung des Arbeitsmarktes in der ersten Hälfte des Mai in langsamem Tempo fortgesetzt. Die Zahl der Arbeitslosen, die am 15. Mai bei den Arbeitsämtern gemeldet waren, ist mit rund 5 675 000 nur um rund 64 000 geringer als Ende April. Der Gesamtzuwachs seit Mitte März beläuft sich damit auf rund 454 000. Die Entlastung geht nach wie vor fast ausschließlich von den Saisonaußenberufen aus und wäre noch stärker zum Ausdruck gekommen, wenn nicht eine Gegenwirkung von einzelnen Produktionszweigen, besonders im Zusammenhang mit der erschwerten Exportlage eingetreten wäre. In der Arbeitslosenversicherung wurden am 15. Mai rund 1 140 000, in der Arbeitslosenfürsorge rund 1 633 000 Hauptunterstützungsempfänger gezählt, so daß in beiden Einrichtungen zusammen mehr als 2,750 Millionen Arbeitslose unterstützt wurden. Die Zahl der Wohlfahrtsverwerbslosen kann für den gleichen Zeitpunkt auf etwas über zwei Millionen geschätzt werden.

Die Präsidentenwahl in Württemberg abermals gescheitert.

Stuttgart, 24. Mai. In der heutigen Sitzung des Landtages wurde ein Antrag des Zentrums angenommen, wonach als Staatspräsident gewählt ist, wer die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. Die darauf vorgenommene Wahl hatte folgendes Ergebnis: Dr. Schmidt (Nat.-Soz.) 22, Dr. Holz, der bisherige Staatspräsident (Ztr.) 20, Keil (Soz.) 14, Ströbel (Bauernbund) 11, Köhler (Komm.) 7, Dr. Wehlinger, der bisherige Finanzminister (Dntl.) 4, Dr. Beyerle, der bisherige Justizminister, 1, Adner (Bauernb.) 1. Präsident Wergenthaler stellte fest, daß kein Kandidat die absolute Mehrheit erhalten habe. Die Wahl ist somit ergebnislos geblieben.

Wirtschaftskrieg mit Italien?

Mailand, 24. Mai. Die italienische Regierung plant Gegenmaßnahmen gegen die durch den Devisenmangel bedingte Verminderung der Einfuhr italienischer Südsüßfrüchte und Gemüse in Deutschland. Auf Drängen der Landwirtschaft hat die Kommission für Handelsverträge und Zollpolitik beschlossen, die Einfuhr aus Staaten einzuschränken, die dem italienischen Export Hindernisse in den Weg legen.

Der Devaheim-Prozeß.

Berlin, 24. Mai. In der heutigen Verhandlung gegen die Leitung des Devaheim-Konzerns ging der Vorsitzende noch auf die Fälle ein, in denen Pastor Cremer im Zusammenhang mit der Hilfskasse unberechtigte Verfügungen vorgenommen werden. Die Hilfskasse evangelischer Wohlfahrtsvereine war ein Zusammenschluß von fünf Wohlfahrtsverbänden. Cremer trat 1928 in den Vorstand der Hilfskasse ein, veranlaßte aber bereits 1924 die Einrichtung zweier Geheimkonten über zusammen 180 000 M., wozu er nach Annahme der Anlage nicht berechtigt war. Cremer erklärte, es sei in der evangelischen Kirche für jeden Pfarrer eine selbstverständliche Sache, daß er einen Fonds zur Verfügung habe, aus dem er Bitten und Gesuche erfüllt, ohne daß die Gelder durch die Kirchenkasse gingen. Er habe daher die Geheimkonten eingerichtet, um einen Dispositionsfonds zu schaffen.

Düsseldorf, 24. Mai. Der bisherige stellv. Vorsitzende der Ortsgruppe der Deutschen Volkspartei, Dr. Max Schlenker, ist aus der Deutschen Volkspartei ausgetreten. Er begründet den Austritt mit einem Ausschluß der Nationalalb. Korz., in dem die deutschnationale Parteiführung angegriffen wird.

Düsseldorf, 24. Mai. Der Deutsche Evangelische Kirchenausschuß tagte hier unter seinem Präsidenten Dr. Dr. Kappeler. Der für das Jahr 1933 fällige Kirchentag war von Lübeck eingeladen worden. Angesichts der Notlage des Volkes und der Kirche beschloß der Kirchenausschuß, von einer Berufung des Kirchentages für 1933 abzusehen.